



PRESSEMITTEILUNG

Mannheim, den 28. Januar 2016

Bahnlärm: 1.18 Mrd. € Bundesmittel für Tunnel in Offenburg – CDU fordert gleiche Maßstäbe für Mannheim

Am heutigen Donnerstag werden im Bundestag zwei wichtige Anträge der Fraktionen von CDU und SPD beraten und eine deutliche Mehrheit erhalten. (Die Anträge liegen anbei.) Es geht zum einen um die Finanzierung der neuen Streckenführung der Rheintalstrecke von Offenburg bis zur Schweizer Grenze, die aus Lärmschutzgründen massiv verändert wurde. Zum anderen wird es über den Lärmschutz der wichtigen Güterzugtrassen im Allgemeinen gehen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßt ausdrücklich die Anträge bzw. die Beschlüsse zur menschen- und umweltgerechten Realisierung europäischer Schienennetze, die auch die Gleichbehandlung von Bestandsausbau- und Neubaustrecken beinhaltet. Die Mehrkosten der Rheintalstrecke belaufen sich auf ca. 1,7 Mrd. Euro. Allein der sieben Kilometer lange Eisenbahntunnel in Offenburg verursacht Zusatzkosten von 1,18 Mrd. Euro, die zu 100 % vom Bund getragen werden. „Es handelt sich bei der Schaffung des Güterverkehrskorridors Rotterdam-Genua um ein europaweites Infrastrukturprojekt. Mannheim läuft Gefahr zum Nadelöhr zu werden, wir müssen uns für unsere Interessen nachhaltig einsetzen,“ gibt sich der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion Konrad Schlichter kämpferisch. „Wir freuen uns, dass die Menschen im südlichen Oberrhein diesen Lärmschutz bekommen. Wir fordern jedoch auch für die Menschen in unserer Stadt maximalen Lärmschutz. Wir können es uns nicht leisten, den Wohn- und Lebensstandort Mannheim nachhaltig durch Güterzüge, die an unseren Häusern vorbei rauschen, zu beschädigen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Carsten Südmersen. „Wir erwarten, dass in Mannheim mindestens die Maßstäbe angesetzt werden, die zu einer Tunnellösung in Offenburg geführt haben. Lärmschutz ist ein Grundbedürfnis, das die Bürger unserer Stadt und der Metropolregion Rhein-Neckar zu Recht einfordern. Hierbei darf es keine Denkverbote geben. Eine Tunnellösung für die Bahntrassen würde auch neue städtebauliche Entwicklungsperspektiven eröffnen. Daher stellen wir als Bedingung, dass eine Tunnellösung für eine Streckenführung durch das Mannheimer Stadtgebiet auf Machbarkeit geprüft wird, bevor die Trassenplanung „Rhein-Main/Rhein-Neckar im Bundesverkehrswegeplan festgeschrieben wird,“ fordert Südmersen weiter. Carsten Südmersen hat den Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium Norbert Barthle am 12.2.2016 nach Mannheim eingeladen um ihm die Güterverkehrssituation vor Ort aufzuzeigen. Zu diesem Termin werden Sie eine gesonderte Einladung erhalten.